

beraten und beschlossen

Bericht aus der Landessynode

VI. Tagung der 24. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 2. bis 5. Juni 2010

Landessynode fordert mehr Bildungsgerechtigkeit

Die Landessynode will für mehr Bildungsgerechtigkeit vom Kleinkind bis zum Erwachsenen eintreten. Armut dürfe kein Bildungshindernis sein, heißt es in einem „Wort der Landessynode“ mit zehn Thesen, das mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

Im Melanchthon-Jahr der evangelischen Kirche, das an den 450. Todestag des Reformators Philipp Melanchthon (1497-1560) erinnert, war Bildung das Schwerpunktthema der Tagung. Melanchthon habe wie Martin Luther die Bildung als einen Auftrag der Kirche gesehen, erläuterte der Vorsitzende des Bildungsausschusses, Rolf Bade. Bildung dürfe kein Privileg weniger Menschen sein.

Das Thesenpapier „Bildung schafft Anschluss – evangelische Wege zur Bildungsgerechtigkeit“ sei ein Leitfaden für die Verhandlungen etwa mit staatlichen Stellen und zugleich Orientierung für die kirchliche Bildungspolitik, hieß es. Es fordert das Recht auf einen Krippenplatz und nach Möglichkeit einen kostenfreien Kindergartenplatz für alle Kinder. Kritisiert wird ein „verzerrender Trägerwettbewerb“ um kostengünstige Kita-Plätze, der zulasten der Qualität gehe.

Die Angebote besonders für sozial benachteiligte Familien sollten ebenso wie Ganztagsangebote ausgebaut werden, heißt es weiter. „Wir fordern nachdrücklich, dass niemand die Schule ohne einen Schulabschluss verlässt.“ Ein Anliegen seien auch inklusive Einrichtungen, in denen Kinder mit einem besonderen Förderbedarf gemeinsam mit anderen



Kultusminister Althusmann spricht über Bildungsgerechtigkeit

lernen können. Die Synode wirbt für ein umfassendes Bildungsverständnis, das Ethik und Religion gleichwertig zu anderen Fächern einschließt. Der Religionsunterricht sei unverzichtbar. Weiter will sie die kirchlichen Kindertagesstätten und Schulen in evangelischer Trägerschaft stärken.

Wichtig sei auch die informelle Bildungsarbeit in den Familien und der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, betonte die stellvertretende Vorsitzende des Jugendausschusses, Wencke Breyer. In der Landeskirche seien zum Beispiel mehr als 10.000 Jugendliche in der Jugendarbeit aktiv. „Dieses große Engagement verdient es, ernst genommen zu werden.“
(Fortsetzung auf Seite 3)

Aus dem Inhalt

Landessynode will Amtszeit von Bischöfen begrenzen

Seite 4

Bewegender Abschied von Margot Käßmann

Seiten 6 + 7

Beratungsprozess in Niedersachsen kann starten

Seite 11

Landeskirche muss Gebäude aufgeben

Die Landeskirche muss in den kommenden zehn Jahren weitere Gebäude aufgeben. „Genauso wenig wie wir das Personal in früherem Umfang halten können, werden wir den heute bestehenden Umfang und Bestand unserer Gebäude zukünftig benötigen“, sagte der neue Vorsitzende des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg, in seinem ersten turnusmäßigen Bericht. „Wir werden ihn uns schlicht nicht mehr leisten können.“ Die Landeskirche muss rund 8.000 Gebäude unterhalten.

Dabei stehe sie vor dem Problem steigender Energiekosten. „Gemeinden, die heute nicht daran arbeiten, den Gebäudebestand zu reduzieren und zu modernisieren, werden morgen von steigenden Kosten schlicht aufgefressen.“ Das gehe nicht ohne Investitionen und auch nicht ohne Neubauten. Gegenwärtig sei durch die Sparbeschlüsse der Aktenstücke mit der Nummer 98 ein ausgeglichener Haushalt faktisch erreicht, sagte Surborg. Möglicherweise benötige die Landeskirche für die Zukunft ein Gremium, in dem alle Organe gemeinsam an Lösungen arbeiten.

Wichtig für die Zukunft seien auch die evangelischen Schulen. Hier könnten sich Schüler mit den Fragen des christlichen Glaubens auseinandersetzen. Es gehe hier jedoch keinesfalls um Mission. Surborg wies darauf hin, dass sich die Landeskirche mit der Übernahme einer Schule in ihre Trägerschaft langfristig binde.

Er rief zugleich dazu auf, Fällen von sexuellem Missbrauch konsequent nachzugehen. „Dazu gibt es keine Alternative, wenn wir als Kirche nicht Glaubwürdigkeit verlieren wollen.“

Viele Pastoren mit Burn-out-Effekt

Für eine lebhaftere Debatte sorgten Pläne des Landeskirchenamtes, im Kloster Amelungsborn bei Holzminden ein „Haus Respiratio“ für Pastoren mit „Burn-out“-Erscheinungen einzurichten.

Davon seien in den norddeutschen Landeskirchen rund 100 Pastoren und Mitarbeiter betroffen. „Es geht darum, die Personen, die die Last des Amtes nicht mehr tragen können, wieder auf die Füße zu stellen“, sagte Präsident Burkhard Guntau.

„Das Krankheitsbild nimmt rapide zu“, ergänzte Vizepräsident Arend de Vries. Um den Betroffenen zu helfen, sei zunächst keine medizinisch-psychologische Therapie nötig, sondern eine Mischung aus geistlich-seelsorgerlicher Begleitung und dem Rat von Fachleuten.

Das Landeskirchenamt denkt an ein Zentrum für ganz Norddeutschland, das gemeinsam mit benachbarten Landeskirchen getragen wird. Eine vergleichbare Einrichtung gibt es

bisher nur in Rödelsee bei Würzburg. Das Kloster Amelungsborn müsste laut Guntau für rund 1,5 Millionen Euro umgebaut werden.

In der Aussprache forderte Jens Rannenbergs eine betriebswirtschaftliche Konzeption für die Fortführung des Klosters als „Haus Respiratio“. Landessuperintendent Eckhard Gorka plädierte dafür, das Konzept auf eine breite Basis zu stellen und die Pastorenorganisationen einzubinden.

Gerd Bohlen sagte, im Blick auf „Burn-out“ sei ein „erheblicher Notstand“ entstanden. Imke Guse merkte an, offenbar sei das Bewusstsein für diese Fragen gestiegen. Ruth Scheffler-Hitzegrad schlug vor, das Thema getrennt von der Zukunft des Klosters zu betrachten.

Verlegung von Bibliothek umstritten

Zu einer kontroversen Diskussion führte die Frage, was mit der Bibliothek des früheren Celler Predigerseminars geschehen soll. Das Landeskirchenamt hat vorgeschlagen, dafür die historische Zehntscheune in Loccum auszubauen. Das würde allerdings mehrere Millionen Euro kosten. In Loccum sei die Pastorenausbildung der Landeskirche konzentriert, und die bislang ungenutzte, denkmalgeschützte Scheune biete genügend Platz, die Bestände aufzunehmen. Jörn Surborg plädierte in seinem Bericht dafür, das Projekt sorgfältig zu prüfen: „Eine solche Investition kann und darf für uns kein Selbstläufer sein.“

Friederike Dauer warnte davor, sich auf Loccum festzulegen. Christian Sundermann sagte, es wundere ihn, dass in Hannover, wo Kirchen, Pfarr- und Gemeindehäuser aufgegeben werden, keine Räume gefunden worden seien. Christa Elsner-Solar wollte wissen, ob das Landeskirchenamt gemeinsam mit dem Stadtkirchenverband Hannover intensiv genug nach Räumen gesucht habe. Michael Gierow und Jens Rannenbergs forderten eine belastbare Schätzung der Kosten. Präsident Burkhard Guntau erläuterte, dass aus statischen Gründen nicht alle Räume geeignet seien, Buchbestände aufzunehmen.

Minister für Bildungsinvestitionen

Mit Bernd Althusmann (CDU) war zum Schwerpunktthema Bildung erstmals ein amtierender Kultusminister Redner bei einer Synodentagung. Er begrüßte das „Wort der Landessynode“ als guten Impuls.

Die Bildungspolitik müsse jedoch vor dem Hintergrund des Landeshaushaltes gesehen werden. Deshalb ließen sich nicht alle Wünsche erfüllen.

Althusmann mahnte, den Schuldenabbau nicht aus dem Blick zu verlieren. Dabei gehe es um Gerechtigkeit mit Blick auf nachkommende Generationen. Investitionen für mehr Bildungsgerechtigkeit müssten deshalb zielgerichtet sein. Mehr Menschen sollten in die Lage versetzt werden, eine qualifizierte Berufsausbildung abzuschließen. Das rentiere sich auch gesamtgesellschaftlich.

Handlungsbedarf sehe er zum Beispiel bei der Integration von Migranten, der frühkindlichen Förderung und der Ganztagsbetreuung. Auch „inklusive“ Angebote, bei denen Kinder und

Jugendliche mit besonderem Förderbedarf gemeinsam mit anderen lernen, lägen ihm am Herzen. Der Minister unterstrich den Wert des Religionsunterrichts. Das Land bemühe sich, den Unterrichtsausfall durch zusätzliche Lehrkräfte zu vermeiden.

Nach Ansicht des Bonner Religionspädagogen Professor Michael Meyer-Blanck, kann allein durch bildungspolitische Programme keine Gerechtigkeit erreicht werden. Wahlfreiheit bringe auch einen hohen Konkurrenz- und Qualitätsdruck und damit neue Ungerechtigkeiten mit sich. Er warb für einen umfassenden Bildungsbegriff. Ethik und Religion sowie Musik, Sport oder auch Kochen sollten im Unterrichtsspektrum ausreichend vorkommen.

Krause: Mission darf nicht bedrängen

Passen Mission und Bildung zusammen? Darum ging es in einer Diskussion mit dem früheren Kultusminister und Landtagspräsidenten Professor Rolf Wernstedt (SPD) und Landesuperintendent Burghard Krause. Wernstedt zeigte sich skeptisch: „Ich habe schwerste Bedenken, Bildung und Mission in einem Atemzug zu denken und zu kommunizieren.“ Das könne außerhalb der Kirche nur zu Missverständnissen führen. Wichtig sei ihm jedoch der Religionsunterricht. „Wenn Grundschüler nicht in der Lage sind, gegenüber ihren muslimischen Mitschülern über ihren Glauben Auskunft zu geben, ist etwas faul.“

Krause plädierte demgegenüber für ein neues Verständnis von Mission. Menschen dürften nicht bedrängt oder unter Druck gesetzt werden. Mission bedeute, die „Schönheit eines Lebenskonzeptes“ zu bezeugen: „Wenn Mission geboren wird aus der Angst, dass Gott seinen Himmel nicht vollkriegt und wir ihm unter die Arme greifen müssen, ist das etwas anderes, als von Gottes Sehnsucht nach den Menschen angesteckt zu sein.“

Scharf distanzierte sich Krause von einem althergebrachten Missionsverständnis nach Art von Billy Graham. Bei ihm werde das Evangelium „simplifiziert statt elementarisiert“.

Mit Modenschau und Kabarett

Über Bildung wurde bei der Tagung nicht nur diskutiert, auch Jugendliche kamen zu Wort. 25 Einrichtungen vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung stellten sich auf einem „Markt der Möglichkeiten“ vor. Sechsklässler der Paul-Gerhardt-Schule aus Dassel gestalteten eine Andacht zum Thema Bildung. Sie inszenierten eine Modenschau mit „aufwendig gearbeiteten Bildungsmodellen“. Eine Schülerin mit toupierten Haaren und einem ange-steckten durchgestrichenen Herz präsentierte etwa das Modell „Alles im Kopf und nichts im Herzen“. Martin und Johanna Kunze sowie Baris Üztürk zeigten ein Stück über den Reformator Philipp Melanchthon aus der Sicht einer Wohngemeinschaft von Studenten in der Melanchthonstraße. Sie brachten die Synodalen ebenso zum Lachen wie der Kabarettist Matthias Brodowy. Für musikalischen Schwung sorgte eine Band des Andreanums aus Hildesheim.



Theater beim Bildungstag

Landessynode will Amtszeit der Bischöfe begrenzen

Die Landessynode will die Amtszeit der Bischöfe und Landessuperintendenten auf zehn Jahre begrenzen. Die Amtszeit soll nach Ablauf dieser Frist aber auf unbegrenzte Zeit verlängert werden können.

Für die Landessuperintendenten ist künftig ein Wahlverfahren vorgesehen. Die Synodenmitglieder forderten den Kirchensenat nach kontroverser Debatte einstimmig auf, bis spätestens in einem Jahr ein entsprechendes Gesetz vorzulegen. Die Änderung war bereits lange vor dem Rücktritt von Margot Käßmann geplant.

Strittig war, ob die Änderung schon für die nächste Bischofswahl gelten sollte. Jens Rannenberg und Birgit Dressel sprachen sich dafür aus, das Gesetz schon zum kommenden November vorzulegen. Robert Kurz schlug vor, die Amtszeit von Bischofsvikar Hans-Hermann Jantzen zu verlängern, bis das Gesetz vorliege.



Albert Gerling-Jacobi

Präsident Burkhard Guntau wandte jedoch ein, es sei nicht ratsam, kurz vor der Wahl die Gesetze zu ändern.

„Es kann sein, dass die Kandidaten nicht bereit sind, unter veränderten Bedingungen anzutreten.“

Rolf Bade sagte, bei einem solch weitreichenden Gesetz seien zahlreiche Details zu bedenken. „Bei allem Wollen und Drängen wäre es nicht gut, das so schnell zu machen.“

Albert Gerling-Jacobi hatte zuvor die Pläne für die Begrenzung der Amtszeiten vorgelegt. Danach sollen die Landessuperintendenten vom Kirchensenat und den Synodalen des jeweiligen Sprengels gewählt werden. Vorgesehen sind mindestens zwei Kandidaten. „Es ist keine Schande, bei einer solchen Wahl zu verlieren, sondern eine Ehre, dabei gewesen zu sein.“

Landeskirchenamt mit neuer Struktur

Das Landeskirchenamt hat seit Juni eine neue Struktur. Die zwölf Dezernate sind aufgelöst, sagte Präsident Burkhard Guntau. An ihre Stelle sind acht Abteilungen getreten. Das Amt müsse bis 2020 noch 34,5 Stellen einsparen. Nach einem Gutachten könnten aber nur bis zu 25 abgebaut werden, ohne die Leistungsfähigkeit zu gefährden. Ein weiteres Gutachten solle klären, ob für weitere Stellenkürzungen auch die Ämter für Bau- und Kunstpflege einbezogen werden könnten. Die Synode beantragte, dabei sollten den Personalkosten die Sachkosten gegenübergestellt werden, die entstehen, wenn Aufträge etwa an freie Architekten vergeben werden.

Beihilfe für Vikare geplant

Vikarinnen und Vikare sollen eine Wohnungsbeihilfe von rund 200 Euro im Monat bekommen. Dazu müssten zunächst rechtliche Voraussetzungen bei der Konföderation getroffen werden, sagte der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeits- und Dienstrecht sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung, Pastor Michael Gierow.

Viele Vikare hätten finanzielle Probleme, erläuterte er. Sie müssten in ihrer Vikariatsgemeinde wohnen und hätten auf dem Land hohe Fahrtkosten zu tragen sowie in Ballungsgebieten hohe Mieten. Die Beihilfe solle den Einstieg in den Beruf attraktiver machen, denn ein Nachwuchsmangel sei absehbar.

Wahlgesetz wird angepasst

Das Wahlverfahren zur Synode soll an die geringere Zahl der Sprengel und das verkleinerte Kirchenparlament angepasst werden. Nach einem Gesetzentwurf des Kirchensenats werden künftig 63 Synodale in zehn Wahlkreisen gewählt. Das sind sechs in jedem Wahlkreis. Die drei größten Wahlkreise Lüneburg-Süd, Osnabrück und Ostfriesland entsenden einen ehrenamtlichen Delegierten mehr. Zu wählen sind jeweils zwei Pastorinnen oder Pastoren, ein nichtordinierter Mitarbeiter sowie drei Ehrenamtliche. Fritz Hasselhorn und Karin Aulike kritisierten, dass der Anteil der Pastoren erhöht werde, der Anteil der anderen Gruppen dagegen sinke.

Jantzen: Über Bischofsamt neu nachdenken

In dem ersten Bericht eines Bischofsvikars vor der Landessynode regte Hans-Hermann Jantzen an, die Übergangszeit bis zur Neuwahl einer Bischöfin oder eines Bischofs im November zu nutzen, um grundsätzlich über das Bischofsamt nachzudenken.

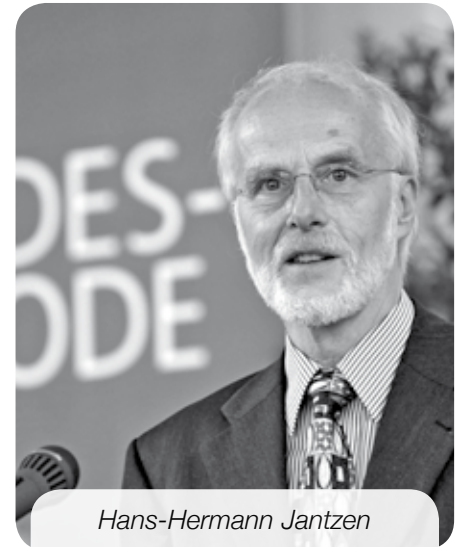
„Die öffentliche Fokussierung auf ein Amt kann sehr unbarmherzig sein und die Erwartungen ins Unermessliche steigen lassen“, sagte er. Jantzen begann seinen Bericht mit einem Dank an die frühere Landesbischöfin: „Unsere Landeskirche hat Margot Käbmann viel zu verdanken.“ Sie habe die Kirche für viele geöffnet, Mitarbeitende motiviert und Menschen Mut zum Glauben gemacht.

Der Rücktritt werfe aber auch die Frage auf, was die Kirche ihren Spitzenleuten zumute. Auch das bischöfliche Amt könne als eine Gemeinschaftsaufgabe gesehen werden, sagte Jantzen. Es brauche eine „Entschleunigung“.

Nicht die Person trage das Amt, sondern das Amt die Person, be-

tonte der Bischofsvikar. „Der medial geförderten öffentlichen Meinung, es hänge einzig und allein von der persönlichen Authentizität ab, ob eine Botschaft glaubwürdig rüberkommt, ist jedenfalls theologisch energisch zu widerprechen.“

Der Lüneburger Landessuperintendent beklagte Rückschritte in der Ökumene. Die katholische Amtskirche stelle Errungenschaften wieder infrage. In der öffentlichen Debatte um Missbrauchsskandale sicherte Jantzen der katholischen Kirche Solidarität zu. Für Schadenfreude oder Hämie sei kein Anlass. „Wir sind uns dessen bewusst, dass es auch in unseren Gemeinden, Schulen oder Einrichtungen Missbrauchsfälle gegeben hat.“



Hans-Hermann Jantzen

Jantzen verwies auf eine Hotline der Landeskirche zur Hilfe für Opfer sexuellen Missbrauchs.

Was Synodenmitglieder dazu sagen:

In der Aussprache dankte Susanne Briese dem Bischofsvikar, der seine Aufgabe mit viel Engagement aufgenommen habe. Die mediale Präsenz von Margot Käbmann habe der Landeskirche gut getan: „Hinter diesen Schritt dürfen wir nicht zurückgehen.“ Michael Thiel sagte, auch andere Amtsinhaber müssten sich Gedanken über das Verhältnis von Amt und Person machen, sowohl in Spitzen- als auch in Ehrenämtern.

Christa Dierks dankte Jantzen, dass er die Gemeinden im Wendland in der Debatte um das Lager Gorleben unterstützt habe. Die Seelsorger wollten beim nächsten Castor-Transport im November wieder zwischen

Demonstranten und Polizisten vermitteln. Erwartet würden rund 15.000 Polizisten. „Wir wollen das Gespräch mit allen am Konflikt Beteiligten suchen, um Schaden an Leib und Seele zu vermeiden.“

Anne Holthusen kritisierte, dass der von Jantzen in dem Bericht erwähnte „Tag des Ehrenamtes“ am 4. September in Hannover terminlich mit dem Niedersächsischen Kirchenchortreffen in Wolfenbüttel kollidiere. Dazu sagte der Geistliche Vizepräsident des Landeskirchenamtes, Arend de Vries, er bedauere die Doppelung sehr. Sie sei aufgrund der schon vorgenommenen Buchungen jedoch nicht mehr zu ändern.

Kirche will mit Röttgen reden

Präsident Burkhard Guntau soll auf ein persönliches Gespräch mit Bundesumweltminister Norbert Röttgen über die Atompolitik bestehen. Das beschloss die Synode einstimmig. Im März hatte die Landeskirche um einen solchen Austausch über das geplante Endlager Gorleben gebeten, erläuterte der Umweltbeauftragte, Ruhestandspastor Hans Joachim Schliep. Der Minister habe daraufhin ein Treffen auf Staatssekretärebene vorgeschlagen. „Das befremdet mich“, sagte Schliep. Die Landeskirche könne um der Menschen im Wendland willen ein persönliches Gespräch erwarten.

„Mit Liebe und Leidenschaft“

Mit Blumen und Applaus hat die Landessynode die frühere Bischöfin Margot Käßmann verabschiedet. Präsident Jürgen Schneider dankte ihr für elf Jahre an der Spitze der Landeskirche.

„Die hannoversche Landeskirche und ich als ihre Bischöfin hatten elf gute Jahre miteinander“, sagt Margot Käßmann bei ihrer Verabschiedung in der Landessynode. Vieles habe sie begeistert, manches auch belastet: „Auf jeden Fall habe ich gern meine Kraft und Lebenszeit gegeben, mit Liebe und Leidenschaft für diese Kirche und mein Amt in ihr.“

Der Initiative aus der Mitarbeitervertretung, sie erneut zur Landesbischöfin zu wählen, erteilt sie allerdings eine klare Absage: „Das war für mich überraschend und auch ein sehr persönliches Zeichen von Wertschätzung, Vertrauen und Zuneigung.“ Aber: „Du kannst nicht in ein Amt zurückkehren, von dem du selbst zurückgetreten bist.“

Margot Käßmann fällt dieser Abschied nicht leicht. Das ist ihren Gesten und ihren Worten anzumerken: „Habe ich

noch vor Monaten gedacht, ich würde in diesem Amt und dieser Stadt, die ich sehr liebgewonnen habe, alt werden, so sieht jetzt alles ganz anders aus.“

Es sei Zeit weiterzugehen. Nicht festzukleben, sondern den Mut zum Aufbruch zu haben, sei ein wichtiges biblisches Motiv. Das hat sie oft gesagt, nach ihrer spektakulären Wahl am 5. Juni 1999. „Wir wollten damals etwas ganz Neues wagen, und Margot Käßmann schien dafür genau richtig“, erinnert sich Albrecht Bungeroth. Er gehört zu der Handvoll Synodemitgliedern, die schon vor elf Jahren dabei waren.

Damals war er Präsident der Landessynode und somit der erste, der ihr gratulierte. Auf der Heimfahrt nach der Wahl habe er dann aber doch einige Stoßgebete in den Himmel geschickt, dass alles gutgehen möge.

Doch bereits mit dem Einführungsgottesdienst hätten sich alle Befürchtungen in Luft aufgelöst: „Man konnte an diesem 4. September geradezu sehen, wie ihr die Herzen zuflogen.“

Auch Karin Aulike, die bereits seit 1986 dem Kirchenparlament angehört, unterstreicht, dass Margot Käßmann die Kirche geöffnet und sie nach außen sichtbar gemacht habe. Der jungen Bischöfin sei ihre Freude an Begegnungen und Gesprächen anzumerken gewesen. Sie habe es immer wieder geschafft, die Synode mit ihren Ideen und Aktionen zu überraschen – manches Mal auch an den Gremien vorbei.

Daran erinnert sich auch Bungeroth: „Bevor wir überhaupt gemerkt haben, dass da ein Thema ist, hat sie es schon aufgegriffen und umgesetzt.“ Das sei manchmal doch etwas ärgerlich gewesen, sagt er schmunzelnd.

Wichtiges in Kürze

Die Honorarrichtlinien der Landeskirche sind vom Ausschuss für Arbeits- und Dienstrecht sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung beraten worden. Sie orientierten sich weitgehend an den Vorgaben der EKD, sagte Pastor Michael Gierow. Zusätzlich habe man neben Stunden- und Ganztagesätzen noch Halbtagesätze eingeführt. Die Richtlinien gelten nicht für Kirchenmusiker und können bei Bedarf großzügig gehandhabt werden. Das Landeskirchenamt wurde gebeten, sie entsprechend zu überarbeiten.

Große Kirchengemeinden sollen künftig mehr Sitze im Kirchenkreistag erhalten. Die Synode forderte den Kirchensenat auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Danach sollen Gemeinden mit mehr als 6.000 Mitglieder für jeweils weitere 3.000 Mitglieder einen weiteren Sitz erhalten. Bisher war 6.000 die Kappungsgrenze. Die Synode trägt damit den zunehmenden Fusionen von Kirchengemeinden Rechnung. Sie folgt teilweise einem Antrag des Kirchenkreises Neustadt-Wunstorf.

„Unvorhergesehen“ und „unabweisbar“ sind zwei wichtige Begriffe im Haushaltsrecht. Nur wenn die Haushälter nichts von einem Bedarf wussten oder sich eine Entscheidung nicht verschieben lässt, kann der Landessynodalausschuss Gelder nachträglich bewilligen. So war es im vergangenen Jahr bei den 750.000 Euro für den „Tag des Ehrenamtes“. Der Rechtsausschuss prüfte eine Liste mit 57 solcher Bewilligungen seit 2002. „Die Kriterien wurden durchweg eingehalten“, sagte Albrecht Bungeroth.



Von Fotografen umlagert nimmt Margot Käßmann den Dank des Präsidenten entgegen

An ihr schnelles und entschlossenes Handeln knüpft auch Präsident Jürgen Schneider in seiner Verabschiedung vor der Landessynode an. Gelegentlich sei die Theologin vorausgeeilt, „so spontan und so schnell, dass wir nicht immer alle recht mitkommen konnten.“

Sie sei eine „Meisterin des Agenda-Settings und der erfolgreichen Kampagnen“. Ihre Zeit als Landesbischöfin sei sehr wichtig und wertvoll für die Landeskirche gewesen: „Wir können nicht mehr hinter den Juni 1999 zurück.“

Das Profil der Landeskirche sei durch sie lebendiger, kräftiger und schärfer geworden, betonte der Präsident: „Und was immer Du in Zukunft tun wirst: Du bleibst die Bischöfin der Herzen – und das wirkt weit über Hannover hinaus.“

Die Synode hat ein Kirchengesetz zum Disziplinarrecht einstimmig aufgehoben. Künftig gilt bundesweit einheitlich das Disziplinargesetz der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Bisher galt das der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD). Zwei weitere EKD-Gesetze, die demnächst für die Landeskirche gelten sollen, wurden in die Ausschüsse überwiesen: ein Gesetz für mehr Rechtssicherheit in Verwaltungsverfahren und ein Gesetz zum Seelsorge-Geheimnis.

Der Anteil der Verwaltungskosten an den Beihilfen in Krankheitsfällen hat zu Nachfragen geführt. Der Finanzausschuss prüfte, ob andere Anbieter die Beihilfeanträge günstiger bearbeiten können als die Norddeutsche Kirchliche Versorgungskasse. Gerhard Tödter berichtete, dass der Vorstand dieser Kasse, zu dem auch Mitglieder des Landeskirchenamtes gehören, mit dem Verwaltungsrat Alternativen zum derzeitigen Verfahren erwägen wird. Gerd Bohlen sagte, die Möglichkeiten seien noch nicht ausgeschöpft.

727 Fortbildungen wurden im vergangenen Jahr für Mitarbeiter angeboten – der höchste Wert seit 2005. „Die Zahlen lassen den Schluss zu, dass das Angebot für die beruflich Tätigen attraktiv ist“, sagte Oberlandeskirchenrat Michael Wöller in seinem Bericht. Zwar mussten 98 Veranstaltungen ausfallen – diese Quote von 13,5 Prozent liegt aber gemessen an VW oder dem NDR, die Ausfälle von bis zu 35 Prozent verzeichnen, sehr niedrig. Pastoren und Sozialarbeiter ließen sich verstärkt fortbilden.



Mitarbeiter aus Bremerhaven nehmen die Siegerurkunde entgegen

Missionswerk sorgt sich um Zukunft

Das Evangelisch-lutherische Missionswerk in Niedersachsen sorgt sich um seine Zukunft. Für das laufende Haushaltsjahr müsse voraussichtlich ein Defizit von rund 1,2 Millionen Euro aus den Rücklagen ausgeglichen werden, sagte Missionsdirektorin Martina Helmer-Pham Xuan. Der Haushaltsansatz für das Jahr liege bei insgesamt 13,7 Millionen Euro.

Grund für die Finanzmisere seien unter anderem Kosten durch den Austritt aus der Niedersächsischen Versorgungskasse und zusätzliche Zahlungen in einen Pensionsfonds. Das traditionsreiche Missionswerk in Hermannsburg stehe vor einer Neuorientierung. „Wir haben zu fragen, für welche Arbeitsbereiche wir zukünftig mit und für die Trägerkirchen stehen.“

In der Aussprache mahnte Superintendent Gerd Bohlen: „Wenn wir eine solche Einrichtung verlieren, geht uns eine ganze Perspektive verloren.“ Die Situation von Christen in anderen Teilen der Welt dürfe nicht aus dem Blick geraten. Die Synode stimmte einem Antrag von Imke Guse zu, die Kirchenleitung solle Themen des Entwicklungsdienstes und der Ökumene mehr Beachtung schenken.

Das Missionsseminar hat im vergangenen Herbst gemeinsam mit der Universität Göttingen den neuen englischsprachigen Master-Studiengang „Interkulturelle Theologie“ gestartet. Eine volle Ausbildung für Theologen wird es ab 2012 nicht mehr geben. Oberlandeskirchenrat Rainer Kiefer sagte, es werde geprüft, ob einige der letzten 13 Theologen nach ihrem Studium direkt in den Dienst einer landeskirchlichen Gemeinde übernommen werden können.

Landeskirche verleiht Förderpreis

Die Landeskirche hat zum vierten Mal ihren Förderpreis verliehen. Der mit 20.000 Euro dotierte Wettbewerb unterstütze innovative Projekte, sagte Landessuperintendent Hans Christian Brandy.

Gewinner des Förderpreises, der in diesem Jahr für „Kommunikation und Medien“ vergeben wurde, ist der Kirchenkreis Bremerhaven. Die 15 Gemeinden mit rund 53.000 Mitgliedern wurden für ihr Journal „Auf Kurs“ mit 8.000 Euro ausgezeichnet. In dem Heft informieren sie fünfmal pro Jahr über das kirchliche Leben und erreichen fast jeden Haushalt in der Stadt. Den zweiten Preis mit 6.000 Euro erhielt der Kirchenkreis Leine-Solling für das Projekt „Jahr der Taufe 2009“. Ein Jahr lang standen Gottesdienste, Ausstellungen, Gemeindefeste und Gesprächskreise unter diesem Thema. Den dritten Preis mit jeweils 3.000 Euro teilen sich der Kirchenkreis Lüneburg und die Südstadt-Gemeinde in Hannover. Die Lüneburger installierten auf dem historischen Wasserturm in der Weihnachtszeit einen großen „Wichern-Adventskranz“, bei dem mit einem Telefon-Anruf für Kinderhilfspro-

jekte gespendet werden konnte. Die Südstädter präsentierten als Signal für den Zusammenschluss von drei Gemeinden eine Laserinstallation zwischen den Kirchtürmen.

Ein Sonderpreis des Lutherischen Verlagshauses von 1.500 Euro für ein Buchprojekt geht an die Johannesgemeinde Lüchow. Zur Einweihung ihrer neuen Orgel hatte sie das „Lüchower Orgelbüchlein“ veröffentlicht.

Brandy sagte als Jury-Vorsitzender, das Gremium hätte gern viele der insgesamt 69 Einsendungen ausgezeichnet: „Oft war eine regelrechte Begeisterung für wunderschöne Projektideen zu spüren.“ Damit alle von den Vorschlägen profitieren könnten, seien die Bewerber gebeten worden, ihre Unterlagen für eine Dokumentation ins Internet zu stellen. Auf der neuen EKD-Seite www.geistreich.de mit dem Untertitel „reichlich evangelisch“ fänden sich viele gute Entwürfe.

Diakonie-Direktor wirbt für Kindergärten

Diakonie-Direktor Christoph Künkel hat die Landessynode aufgerufen, die Kindergärten zu unterstützen. Die Kirche müsse hier marktfähig bleiben, und die Qualität der Arbeit dürfe nicht leiden.

Die Synode hatte beschlossen, die Zuweisungen für die 603 Kindergärten um 15 Prozent zu kürzen. Die Mittel für die sechs diakonischen Fachschulen wurden sogar um die Hälfte zurückgefahren. Die Kinderzahlen seien aber nicht im erwarteten Umfang zurückgegangen, sagte Künkel. Bei den Erzieherinnen herrsche ein Fachkräftemangel. Der Direktor verwies darauf, dass die 9.500 Erzieherinnen die größte landeskirchliche Mitarbeitergruppe seien. Die Eltern kämen durch den Kontakt

zu ihnen regelmäßig in Kontakt mit der Kirche. „Das ist ein wahrer Schatz, der aber nicht immer deutlich wird.“

In der Aussprache sagte Gunda-Marie Meyer, die Kindergärten seien eine Chance, um den Boden für den Gemeindeaufbau zu bereiten. Gerd Bohlen wandte jedoch ein, viele Eltern machten sich gar nicht bewusst, dass sie kirchliche Mitarbeiter vor sich hätten. Friedrich Pralle gab zu bedenken, die Erzieherinnen seien bereits mit zahlreichen Aufgaben belastet.

Carsten Wydora wies darauf hin, dass die meisten Erzieherinnen in Teilzeit arbeiteten und dadurch etwa auf einen gut verdienenden Ehepartner angewiesen seien. Christian Sundermann lobte die Qualität der evangelischen Fachschulen, beklagte aber, dass viele Absolventen zu anderen Trägern wechselten. Nötig sei ein zentrales System für Personalmanagement. Die Kirche komme mit ihren Einzeleinrichtungen oft zu spät. „Die guten Leute sind dann längst vergeben.“

Umstrittene Gleichstellung

Braucht die Landeskirche ein Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern? Darüber gehen die Meinungen auseinander. Ulrike Schmidt-Glawatz vom Kirchensenat sagte, bisher gebe es nur Richtlinien dafür. „Sie werden jedoch zu wenig beachtet.“ Oliver Bischoff betonte, im Blick auf Beruf und Familie nütze ein solches Gesetz auch Männern.

Bettina Siegmund forderte die Initiatoren auf, die Kosten zu beziffern, da die Gleichstellungsbeauftragten von ihren übrigen Aufgaben freigestellt würden. Präsident Burkhard Guntau schätzte die Gesamtkosten einschließlich einer Stabsstelle auf 250.000 bis 300.000 Euro. Anne Holthusen sagte, das Gesetz komme zu spät. „Wir sind in der Entwicklung schon weiter.“ Carsten Wydora kritisierte, ein solches Gesetz werde für viel zusätzliche Arbeit sorgen.

Schulseelsorge ist gefragt

Die Schulseelsorge findet in der Landeskirche zunehmend Interesse. Das noch junge Arbeitsgebiet wachse stetig, sagte Oberlandeskirchenrätin Kerstin Gäfgen-Track. Nicht nur in Ausnahmesituationen wie nach dem Suizid des Fußballspielers Robert Enke sei die Schulseelsorge gefragt. Auch im Alltag werde sie angesichts von Konflikten in der Schule, Gewalterfahrungen oder überzogener Leistungserwartungen immer wichtiger.

Das Religionspädagogische Institut in Loccum hat ein Fortbildungskonzept für die Schulseelsorge erarbeitet, die Lehrer, Diakone und Pastoren ehrenamtlich leisten. In einer Pilotphase hätten daran bereits 63 Frauen und Männer teilgenommen. Zurzeit gebe es zwei Kurse mit jeweils mehr als 20 Teilnehmenden, die meisten von ihnen seien Religionslehrkräfte. Neu sei ein „Projekt-Reader“ mit Materialien.

Landessynode würdigt Diakone

Die Landeskirche steht nach Ansicht von Oberlandeskirchenrat Rainer Kiefer vor der Herausforderung, neue Aufgaben und Finanzierungsmöglichkeiten für Diakone zu suchen. Nach einem 15-monatigen Konsultationsprozess legte das Landeskirchenamt einen umfangreichen Bericht zum künftigen Berufsbild vor.

Eine „Baustelle“ sei das integrierte Berufspraktikum nach der Einführung der Doppelqualifizierung für Sozialarbeit und Religionspädagogik. Hier müsse noch geklärt werden, wie viele religions- und sozialpädagogische Anteile es haben solle. Besonders die Religionspädagogik müsse vertieft werden. „Diakone leisten in zahlreichen Bereichen einen wichtigen Dienst“, sagte Kiefer. Bischofsvikar Hans-Hermann Jantzen sprach sich dafür aus, auch diejenigen Diakone einzusegnen, die als Sozialarbeiter tätig seien.

Keine Gentechnik auf Kirchenland

Auf Kirchenland sollen keine gentechnisch veränderten Organismen angebaut werden. Die Landessynode empfiehlt den Kirchengemeinden, dies bei den Pachtverträgen zu berücksichtigen. In die Verträge solle ein Verbot der Aussaat gentechnisch veränderter Pflanzen aufgenommen werden. Bereits in den vergangenen zehn Jahren war der Anbau genveränderter Pflanzen auf Kirchenland ausgesetzt worden, um neuere Erkenntnisse zur „Grünen Gentechnik“ abzuwarten. Dieses Moratorium läuft im September aus.

„Welche Möglichkeiten und welche Risiken in der grünen Gentechnik liegen, ist nicht noch nicht abzusehen“, sagte die Agraringenieurin Bettina Siegmund. Mit „Amflora“ sei erstmals in Deutschland eine Kartoffelsorte mit veränderten Inhaltsstoffen zugelassen. Anfänglich hohe Erwartungen, die Technik könne etwa einen Beitrag zur Bekämpfung des Hungers leisten, hätten sich noch nicht erfüllt.

Bisher überwogen Bedenken. Kirchengemeinden müssten mit einem Wertverlust ihrer Flächen und einem nicht abschätzbaren Haftungsrisiko rechnen, wenn sie die umstrittene Technik zuließen. Zudem hätten die Gemeinden Verantwortung für den sozialen Frieden in ihrem Umfeld.

Grundsätzlich begrüßte die Landessynode aber eine unabhängige Grundlagenforschung. Bei neuen Erkenntnissen müsse neu diskutiert werden. Ein wichtiges Kriterium sei die Rückholbarkeit unterstrich der Umweltbeauftragte Hans Joachim Schliep. Bei gentechnisch veränderten Organismen sei diese jedoch nicht gegeben.

Landessynode steht Roma bei

Die Landessynode hat Innenminister Uwe Schünemann (CDU) aufgefordert, die Abschiebungen von Roma ins Kosovo auszusetzen.

Den in Deutschland lebenden Roma müsse ein rechtmäßiger Aufenthalt aus humanitären Gründen gewährt werden, heißt es in einer einstimmig beschlossenen Resolution. „Übereinstimmende, erschreckende Berichte von Experten, Menschenrechtsorganisationen, zurückgekehrten Flüchtlingen und Journalisten machen deutlich, dass im Kosovo der Schutz von Minderheiten nur unzureichend gewährleistet ist“.

Von den Abschiebungen seien auch viele gut integrierte Familien betroffen, deren Kinder in Deutschland geboren wurden, hieß es. Mittlerweile wende-

sich vermehrt ausreisepflichtige Roma-Flüchtlinge an die Kirchengemeinden, um dort Schutz zu suchen, erläuterte Rolf Ebritsch. Die Kirche müsse aus christlicher Verpflichtung und aus historischer Verantwortung heraus Stellung beziehen.

Rund 10.000 ausreisepflichtige Roma aus dem Kosovo lebten in Deutschland, davon mindestens 2.000 in Niedersachsen. Der Vertreter der evangelischen Kirchen in der niedersächsischen Härtefallkommission, Superintendent Philipp Meyer, erhofft sich von dem Synodenbeschluss eine Unterstützung der kirchlichen Position.

Kontroverse Diskussion um Pfarrhäuser

Kontrovers hat die Landessynode über die „Zukunft der Pfarrhäuser“ diskutiert. Während sie sich einig war, an der Dienstwohnungspflicht für Pastorinnen und Pastoren festzuhalten, lehnten 23 Synodale eine Pauschale zur Einzugsrenovierung ab. 15 stimmten dafür, 18 enthielten sich.

Diese Vergütung sollte auf Vorschlag des Ausschusses für Schwerpunkte und Planung kirchlicher Arbeit die bisherige Pauschale für Schönheitsreparaturen ersetzen. Die Veränderung entspreche der gängigen Praxis, sagte der Ausschuss-Vorsitzende Fritz Hasselhorn. Allerdings falle die angestrebte Einzugsrenovierungspauschale niedriger aus als die für Schönheitsreparaturen.

Die Pfarrhäuser sollten auch künftig bei einem Wechsel nicht nur saniert, sondern auch fachkundig reno-

viert werden. Die Lasten dafür dürften nicht überwiegend auf Berufsanfänger abgewälzt werden, die ihre Stelle öfter wechselten.

Der Jurist Albrecht Bungereth nannte den Vorschlag „merkwürdig“. Wer beispielsweise 15 Jahre im Pfarrhaus bleibe, müsse die Pauschale durchgängig zahlen. Er habe aber nur beim Einzug einen Anspruch auf eine Renovierung.

Dieser Kritik schlossen sich einige Synodenmitglieder an: Wer häufig umziehe, profitiere von der Regelung, für die anderen verschlechtere sich die Situation.

Einig war sich die Landessynode darüber, an der Residenzpflicht festzuhalten. Neben dem kircheneigenen Pfarrhaus könne die Kirchengemeinde aber bei Bedarf auch eine Dienstwohnung im Ort anmieten.

Landeskirche beteiligt sich an Beratungsprozess

Die Debatte um die künftige Zusammenarbeit der fünf evangelischen Kirchen in Niedersachsen geht in eine neue Runde. Diesmal ist das Ziel einer einheitlichen Kirche nicht von vornherein vorgegeben.

Die Gespräche sollen ergebnisoffen und auf Augenhöhe laufen. Hannover stimmte einem moderierten Beratungsprozess jetzt einstimmig zu. Zuvor hatten bereits die Landeskirchen von Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe sowie die reformierte Kirche beschlossen, sich an den Beratungen zu beteiligen.

Die einfache Weiterführung der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen als Selbstzweck stehe nicht am Anfang und auch nicht am Ende des Beratungsprozesses, sagte Oberstudienrat Fritz Hasselhorn. Demnächst sendet jede der fünf Kirchen drei Mitglieder in einen Bera-

tungsausschuss. Für Hannover sind dies Gerhard Tödter, Burkhard Guntau und Hans-Christian Brandy. Spätestens Ende Oktober 2012 sollen die Ergebnisse vorliegen.

Die Landessynode hoffe, dass in dem Beratungsprozess eine neue tragfähige Grundlage für die Zusammenarbeit der Kirchen gefunden werde, heißt es in dem Beschluss. Die ursprünglich geplante Kündigung des Konföderationsvertrages wurde zunächst ausgesetzt.

Jens Rannenberg plädierte für einen alternativen Terminplan, falls die Beratungen zu keinem Ergebnis führen. Präsident Burkhard Guntau wandte

jedoch ein, darüber könne noch 2013 nachgedacht werden. Präsident Jürgen Schneider betonte, der ergebnisoffene Prozess dürfe nicht gleich eingeschränkt werden. Und auch Fritz Hasselhorn unterstrich: „Das Signal, das heute von uns ausgeht, muss eindeutig sein.“

Der Rechtsausschuss präsentierte der Synode eine umfassende Aufstellung von 41 Gesetzen und Regelungen, die bei einer Kündigung des Konföderationsvertrages neu geregelt werden müssten. „Es ist vieles in den vergangenen 40 Jahren zusammengewachsen, was nicht ohne Schaden wieder getrennt werden kann.“

Finanzausgleich begrüßt

Zwei Ausschüsse haben die Neuordnung des Finanzausgleichs begrüßt. „Das neue System, das die Gestaltungsspielräume der Kirchenkreise vergrößert, trifft auf grundsätzliche Zustimmung“, sagte Fritz Hasselhorn für den Ausschuss für Schwerpunkte und Planung kirchlicher Arbeit und den Finanzausschuss. Nach einer gemeinsamen Tagung der Ausschüsse mit Kirchenkreis-Vertretern in Loccum regte Hasselhorn aber einige Änderungen im Detail an.

So sollen die Stellenrahmenpläne der Kirchenkreise nicht mehr vorab durch das Landeskirchenamt geprüft werden. Dienstwohnungsvergütungen der Pastoren sollen nicht im Kirchenkreis verbleiben, sondern nach den



Fritz Hasselhorn beim engagierten Vortrag

Kriterien des Finanzausgleichs verteilt werden, um strukturschwache Kirchenkreise nicht zu benachteiligen. Zudem sollen die Kirchenkreise künftig Pfarrstellen eigenständig errichten, verändern oder aufheben können.

Dies war bisher dem Landeskirchenamt vorbehalten. Ein Strukturpassungsfonds von rund zwei Millionen Euro soll finanzielle Härten beim Strukturwandel in den Kirchenkreisen abfedern.

Guter Start für das Medienzentrum

Die evangelische Publizistik sollte nach Auffassung von Jörn Surborg eine Aufgabe der niedersächsischen Konföderation sein. „Partikularinteressen übersteigen die Finanzkraft einer einzelnen Kirche“, sagte der Vorsitzende des Ausschusses für Öffentlichkeit, Medien und Kultur in seinem Bericht über das Evangelische MedienServiceZentrum (EMSZ).

Er könne die Verantwortlichen im Landeskirchenamt und im EMSZ nur darum bitten, die notwendigen Voraussetzungen für eine konföderierte Trägerschaft zu schaffen. Sie könnte jedoch zu Mehrkosten führen, wenn nicht alle Kirchen der Konföderation dieses Angebot nutzten.

Das Evangelische MedienServiceZentrum, das am 1. Juni offiziell startete, sei bereits sehr gut angelaufen. Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Abteilungen werde intensiver und crossmediales Denken im Alltag konkret umgesetzt. Auch die Ende Januar begonnene Kooperation der Evangelischen Zeitung mit Nordelbien sei auf eine positive Resonanz gestoßen.

Die Landessynode beschloss, zur Finanzierung Mittel in bisheriger Höhe in den Haushalt 2011/2012 einzustellen. Sie nahm den Bericht zustimmend zur Kenntnis.



Präsident Schneider begrüßt die neuen Mitglieder (von rechts): Wolf-Doettinchem, Brümmer, Wydora

Neue Gesichter und Aufgaben

Präsident Jürgen Schneider hat drei neue Mitglieder als Nachrücker vereidigt. Kirchenverwaltungsoberrat Carsten Wydora (Balge bei Nienburg) folgt im Wahlkreis III dem Kirchenmusiker Siegfried Rohlfing.

Bankdirektorin Marie-Luise Brümmer (Steyerberg) und Prokurist Hendrik Wolf-Doettinchem (Wolfsburg) sind vom Kirchensenat berufene Mitglieder für Diakonin Antje Stoffregen (Lüneburg) und Propst a.D. Wolf Dietrich von Nordheim (Uelzen), die beide ihre Mandate niedergelegt hatten.

Ministerialrat Rolf Bade ist neuer Sprecher der „Gruppe Offene Kirche“ (GOK) und damit Nachfolger von Jörn Surborg. Bade wurde 2002 in die Synode berufen. Er ist Vorsitzender des Bildungsausschusses und Mitglied im Landessynodalausschuss sowie im

Finanz- und im Geschäftsausschuss. Er studierte Religion, Geschichte und Politik und ist seit 1990 im Kultusministerium tätig.

Der ehemalige Oberlandeskirchenrat Hans Christian Brandy hat unterdessen auch in der Synode die Seiten gewechselt. Je nach Blickrichtung ist er als neuer Stader Landessuperintendent entweder von rechts nach links oder umgekehrt gerückt.

*Herausgegeben im Auftrag der
24. Landessynode der Evangelisch-
lutherischen Landeskirche Hannovers
vom Lutherischen Verlagshaus GmbH,
Hannover, Knochenhauerstraße 38/40,
30175 Hannover*

*Redaktion:
Ulrike Millhahn (verantwortlich),
Michael Grau, Karen Miether
(epd Niedersachsen-Bremen)
Gestaltung und Layout:
Marc Vogelsang,
Lutherisches Verlagshaus
Fotos:
Jens Schulze
Druck:
Steppat Druck GmbH, Laatzen*

*Unter Mitwirkung der
Öffentlichkeitsbeauftragten
www.evka.de/synode.php3*

*Wenn Sie sich zukünftig nach jeder Tagung der Landessynode der
Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers über die Tagung
informieren wollen und ein oder mehrere „beraten und beschlossen“
beziehen möchten, bestellen Sie dies beim*

*Lutherischen Verlagshaus GmbH, Knochenhauerstraße 38/40, 30159 Hannover,
Telefon 0511/1241-736, Fax: 0511/1241-705, E-Mail: synode@lvh.de*